

FDP - Fraktion
Im Rat der Stadt Schwelm

FDP-Fraktion, Köttchen 17, 58332 Schwelm

Bürgermeister
Jochen Stobbe

Hauptstr. 14
58332 Schwelm



Schwelm, 8. Juli 2011

Informationen über Bildungspaket

Sehr geehrter Herr Stobbe,

Seit April 2011 gibt es erstmalig einen eigenständigen Rechtsanspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Durch das sogenannte Bildungspaket werden unter anderem Kosten für Vereinsmitgliedschaften, Schulausflüge, Nachhilfe oder Mittagsverpflegung übernommen. Berechtig sind Kinder und Jugendliche aus Familien, die Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen.

Der Rat der Stadt Schwelm möge daher beschließen:

Der Stadtrat fordert die Verwaltung auf, zu prüfen, in welchem Umfang Leistungen des Bildungspakets in Schwelm bereits in Anspruch genommen werden und dem Stadtrat darüber zu berichten.

Sollte die Prüfung ergeben, dass eine nennenswerte Zahl von Bezugsberechtigten das Bildungspaket bisher nicht in Anspruch nimmt, soll die Verwaltung eine Informationskampagne starten, in deren Rahmen alle dem Jobcenter bekannten Berechtigten persönlich über ihre Rechtsansprüche im Rahmen des Bildungspakets informiert und zur Inanspruchnahme ermuntert werden.

Begründung:

Das Bildungspaket ermöglicht Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Familien mit geringem Einkommen mehr soziale Teilhabe. Es stellt sicher, dass sich jeder in einem Verein, sei es ein Sport-, Musik- oder sonstiger Verein, engagieren kann. Die Möglichkeit zur Teilnahme an schulischen Gemeinschaftsaktivitäten wie Ausflügen oder Mittagessen wird ebenfalls gewährleistet. Schließlich umfasst das Bildungspaket die gezielte Lernförderung und Schulbedarf. Damit wird eine bedeutende sozialpolitische Lücke geschlossen. Qualifikation und Teilhabe sind entscheidende Grundlagen für einen selbstbestimmten Lebensweg. Deshalb ist es richtig,

hierfür spezielle sozialpolitische Leistungen bereitzustellen, um Chancengerechtigkeit und Aufstieg zu ermöglichen. Gleichzeitig ist klar, dass auch die beste Förderung nichts nutzt, wenn sie nicht in Anspruch genommen wird. So haben in einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 65 Prozent der Befragten angegeben, sich mehr Informationen zu wünschen. Daher bedarf es einer Überprüfung der Inanspruchnahme in Schwelm und einer gezielten Information aller Betroffenen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Schwunk
Fraktionsvorsitzender